

Geschäftszahlen:  
BKA: 2024-0.015.355  
BMKOES: 2024-0.840.421  
BMEIA: 2024-0.628.304

**107d/4**

Zur Veröffentlichung bestimmt

## Vortrag an den Ministerrat

### **Humanitäre Krise in der Ukraine und Moldau; Bereitstellung von Mitteln aus dem Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland (Bundesgesetz über den Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland)**

Vor nunmehr 1000 Tagen hat Russland seinen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine begonnen. Die dadurch ausgelöste akute humanitäre Krise und die größte Flüchtlingsbewegung in Europa seit dem 2. Weltkrieg halten unvermindert an. Zeitgleich zerstört Russland unablässig und ganz gezielt lebensnotwendige Infrastruktur, insbesondere im Energiesektor. Vor dem mittlerweile dritten Kriegswinter verschärft sich die Lage dadurch weiter.

Laut Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (UNOCHA) benötigen mindestens 14,6 Millionen Menschen in der Ukraine akut humanitäre Hilfe zum Überleben. Vulnerable Gruppen – Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderung – sind besonders betroffen, da es ihnen an geeigneten Unterkünften und Zugang zur lebensnotwendigen Versorgung mangelt. Die humanitären Organisationen konzentrieren sich weiterhin auf Soforthilfe, auf die Bereitstellung von Notunterkünften, die Versorgung mit Trinkwasser und Lebensmitteln und die grundlegende medizinische Versorgung, sowie die Versorgung von Minenopfern. Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) hilft darüber hinaus den durch die Kriegshandlungen betroffenen 3,2 Millionen Kindern mit Maßnahmen im Bereich Bildung und psychosozialer Betreuung. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) leistet wertvolle Arbeit bei der Betreuung von Kriegsgefangenen und bei der Einhaltung des Humanitären Völkerrechts. Der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) leistet wertvolle Hilfe im Gesundheitsbereich für Frauen, insbesondere für Schwangere und für Opfer von sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt.

Die Zahl der intern Vertriebenen (IDPs) liegt nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) derzeit bei über 3,5 Millionen Menschen. 5,9 Millionen Menschen haben laut Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) in den letzten zwei Jahren Zuflucht jenseits der Landesgrenzen gesucht. Gemessen an seiner Bevölkerungszahl hat Moldau die höchste Anzahl von Vertriebenen aus der Ukraine aufgenommen. Für das 2,6 Millionen Einwohner zählende Land stellen die 130.000 Menschen (die Hälfte davon Kinder) eine enorme logistische und finanzielle Herausforderung dar. Frauen und Kinder sind darüber hinaus den Gefahren von geschlechtsspezifischer Gewalt und Menschenhandel ganz besonders ausgesetzt.

Die landesweite Kontaminierung durch die weltweit geächteten Landminen und explosiven Kriegsrückstände seit Beginn des russischen Angriffskriegs stellt ein lebensgefährliches Hindernis für den Zugang der Zivilbevölkerung zu essenzieller Infrastruktur dar, fordert hohe zivile Opferzahlen und macht die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen unmöglich. Gemäß Angaben der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) sind ca. 174.000 km<sup>2</sup> des ukrainischen Staatsgebietes, das ist mehr als die doppelte Fläche Österreichs, durch Landminen kontaminiert. Laut Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) benötigen mindestens 14 Millionen von Landminen und explosiven Kriegsrückständen in der Ukraine betroffene Menschen Entminungshilfe.

Die Österreichische Bundesregierung hatte vergangenes Jahr EUR 4 Millionen für ein Projekt zur humanitären Entminung des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen (WFP) und der FAO in der Ukraine aus dem AKF zur Verfügung gestellt. Die nunmehr vorgesehenen weiteren EUR 5 Millionen aus dem AKF sollen für die Weiterführung dieses Projekts zur humanitären Entminung von WFP und FAO, das auf kleinbäuerliche Landflächen abzielt, zur Verfügung gestellt werden. Auf Grund der wichtigen Stellung der Ukraine als Agrarexportland ist das Projekt auch ein wesentlicher Beitrag für Bestrebungen zur Eindämmung der weltweiten Ernährungskrise. Eine weitere Komponente des Projekts sind Schulungen zur Risikoreduktion, insbesondere für Kinder.

Österreich unterstützt im Sinne seiner humanitären Tradition und angesichts der akuten Notlage in der Ukraine sowie der hohen Zahl an Vertriebenen die Anstrengungen der humanitären Organisationen sowohl in der Ukraine als auch in Moldau. Damit leistet Österreich einen wichtigen Beitrag für die Stabilität und Entwicklung in diesen Ländern.

Zur Bekämpfung der humanitären Krise in der Ukraine und der Flüchtlingskrise in Moldau ist ein österreichischer Beitrag von insgesamt EUR 8 Millionen aus Mitteln des Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland vorgesehen, der mit dem Bundesgesetz über den Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland (Auslandskatastrophenfondsgesetz), BGBl. I Nr. 23/2005,

errichtet wurde und die Aufgabe hat, Maßnahmen im Zusammenhang mit Katastrophenfällen im Ausland zu finanzieren, die der Beseitigung von Katastrophenschäden und der humanitären Hilfe dienen. Über die Verwendung der Mittel dieses Fonds entscheidet gemäß § 3 dieses Gesetzes in jedem einzelnen Katastrophenfall die Bundesregierung. Die Abwicklung des Betrages erfolgt im Wege der Austrian Development Agency (ADA).

Im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen stellen wir daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle beschließen, zur Bekämpfung der humanitären Krise in der Ukraine und der Flüchtlingskrise in Moldau

- EUR 1 Mio. dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK),
- EUR 1 Mio. dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) und
- EUR 1 Mio. dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA)

sowie für humanitäre Entminung in der Ukraine

- EUR 5 Mio. dem Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP)

zur Verfügung zu stellen.

19. November 2024

Karl Nehammer, MSc  
Bundeskanzler

Mag. Werner Kogler  
Bundesminister

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.  
Bundesminister